www.die-linke-tempelhof-schöneberg.de

DIE LUPE

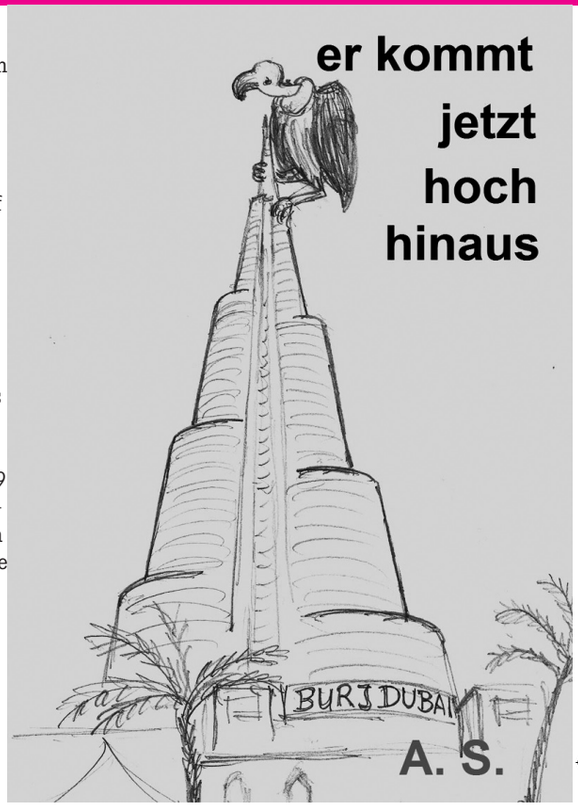
DIE LINKE.
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
DEZEMBER 2009/JANUAR 2010

Der Dubai-Crash - Vorbote oder Nachwehen?

Wie eine Epidemie zieht die Wirtschaftskrise von Land zu Land. Die Folgen, die sie hinterlässt, gleichen sich: Ganze Industrielandschaften liegen brach, die Arbeitslosigkeit steigt und die Kommunen verwahrlosen. Doch im Unterschied zu einer schweren, ansteckenden Krankheit, mit deren Genesung man sich gleichzeitig auch gegen sie immunisiert, verweilt das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem schon seit Jahren in einem Zustand höchster Labilität und Anfälligkeit. Die Genesung scheint schwierig. Und die Gefahren für einen weiteren konjunkturellen Absturz des Weltwirtschaftssystems sind noch längst nicht gebannt. Die Gründe liegen einerseits in den globalen Finanzmärkten, durch die sich in Windeseile nationale Wirtschaftsherde zu globalen Flächenbänden ausweiten können, und andererseits im Entstehen von nationalen Vermögensblasen. Während in den USA und weltweit mit massiven Geldzuflüssen die Auswirkungen der Immobilienblase bekämpft wurden, galt das Finanzsystem der arabischen Länder als stabil und solide. Doch der Schein trügt. Die Immobilienblasen mit den uns bekannten konjunkturellen Auswirkungen hatte auch das Emirat Dubai schon längst erfasst. Die Aussicht auf hohe Gewinne lies auch hier die internationalen Investoren auf dessen Immobilienmarkt immer wagemutiger werden. Die Nachfrage nach Krediten stieg und die hiermit finanzierten Projekte wurden immer gewaltiger: Eine künstliche Inselgruppe in Form einer Weltkarte oder der Nakheel Tower, ein 38-Milliarden- Dollar- Turm, der den Burj überragen sollte. Als sich die zahlungsfähige Nachfrage nicht einstellen sollte, musste die Blase schließlich platzen. Für Dubai bedeutet das, dass 59 große Bauprojekte mit je mehr als 50 Millionen Dollar Investitionssumme unterbrochen oder abgesagt wurden und eine zunehmende Abhängigkeit von den übrigen Mitgliedern der Vereinten Arabischen Emiraten. Für das ohnehin fragile Weltwirtschaftssystem bedeutet dies zunehmende Unsicherheit. Bleibt mit Blick auf Daimler in Marienfelde zu hoffen, dass der Investor „Aabar“ nun keinen Rückzug macht.

Die Medizin gegen diese weltweite Epidemie ist bekannt. Hierzu gehören die Entwicklung von Frühindikatoren, um die Entstehung nationaler Vermögensblasen rechtzeitig zu erkennen ebenso wie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und die Schaffung eines nicht-polaren Weltwirtschaftssystems.

Ulrike Schenk



EUREF light: 5.000 Arbeitsplätze im Schöneberger Bermuda-Dreieck verschwunden

Am 02.11.2009 erschien im Berliner Kurier ein Artikel unter der Überschrift "Energie-Uni geplatzt"

Wurden die Politiker ausgetrickst? Experten vom Rechnungshof sollen jetzt das dubiose Geschäft mit dem Gasometer überprüfen". Nach Androhung von rechtlichen Schritten durch das EUREF Institut Berlin gGmbH (Geschäftsführer Dr. Lothar de Maizière), hat der Berliner Verlag GmbH inzwischen eine Unterlassungserklärung ("ohne Anerkennung einer Rechtspflicht und ohne Präjudiz für die Sach- und Rechtslage") unterschrieben. Zu vier Stellen (alles Zitate von Akteuren, die offenbar nicht autorisiert waren) verpflichtete sich der Verlag diese nicht weiter zu behaupten und zu verbreiten.

Der nun rechtlich überprüfte Artikel hat auch ohne diese Zitate, eine starke Aussagekraft und wir fassen ihn hier noch mal zusammen:

Unwidersprochen behauptet danach der KURIER, dass ihm interne Unterlagen vorliegen, die bereits im Januar dieses Jahres das EUREF-Konzept als "völlig unrealistisch" einschätzten. So das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB, das den Projektentwickler offiziell berät). Zur selben Zeit ist der Projektentwickler und beteiligte Gesellschaften dabei mit verschiedenen Werbekampagnen und Events die Ernsthaftigkeit des "Leuchtturmprojekts" in der Öffentlichkeit zu verankern.

Das war auch wichtig, weil die planungsrechtliche Diskussion im Bezirk noch nicht abgeschlossen war und die Politik in eine ungewöhnliche Beschlussfassung getrieben werden sollte.

Zu dieser Zeit wird noch von einem Baubeginn der großen Bauprojekte in 2010 gesprochen. Kritikern im Bezirk (BI Gasometer, Bündnis 90/Grüne, DIE LINKE) wurde vorgeworfen, dass sie sich - mal wieder ideologisch verblendet oder wegen bornierter Anwohnerbefindlichkeiten - einem großartigem Investitionsprojekt (Energie-Uni) entgegenstellen.

Bezirksamt und Bezirkspolitiker aus SPD, CDU und FDP bekamen vor Stolz leuchtende Augen, wenn sie über ihre Mitwirkung berichteten eine problematische Industriebrache zukunftsträchtig umzugestalten: Einsatz von über 500 Millionen Euro Investitionssumme, zeitgemässe großflächigen Neubauten, Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden sowie des Gasometers, Schaffung von 5.000 bis 6.000 Arbeitsplätze.

Unter diesem Eindruck beschloss die BVV einen Bebauungsplan, der dem Projektentwickler große Möglichkeiten eröffnete. Nur 3 Monate nach dem Beschluss zitiert nun der KURIER den Bürgermeister Ekkehard Band (SPD). *"Ich bedaure aus heutiger Sicht, dass ich nicht früher über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Uni-Projekts unterrichtet wurde."* Und zu dem beschlussfassenden Gremium: *"Ich schließe nicht aus, dass es BVV-Mitglieder gibt, die sich getäuscht fühlen."* Die SPD erklärte tapfer in der BVV am 17. November bei der Größe der Bauvorhaben sei doch klar, dass es nur Zug um Zug zu realisieren sei.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dokumentiert

BVV-Anträge:

Nicht nur sauber - sondern auch zu fairen Bedingungen!

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:
Bei aller Zurückhaltung, die ein laufender Arbeitskampf verlangt, bei der zusätzlich das Bezirksamt Auftraggeber eines Mitgliedsbetriebs einer Tarifpartei ist, bringt die BVV zum Ausdruck, dass es ihr nicht egal ist unter welchen Bedingungen die Räumlichkeiten im Rathaus gereinigt werden!
Nach dem Auslaufen des Tarifvertrags am 30. September drohen Dumpinglöhne unter den bisherigen Mindestlöhnen von 8,15 € / Stunde (West) und 6,58 € / Stunde (Ost).
Nicht nur um täglich in einem sauberen Rathaus zu arbeiten, fordern wir daher die Tarifparteien auf, zu einer verträglichen Lösung zu kommen, die den Reinigungskräften auskömmliche Löhne garantieren.
Den Antrag hatte der Bezirksverordneter H. Gindra (DIE LINKE) bereits im Oktober eingebracht. Die CDU hatte die Behandlung verhindert (siehe Bericht S. 3). Die Gewerkschaft IG BAU, die in der Zwischenzeit einen akzeptablen Tarifabschluss durchsetzen konnte, bedankte sich für die Unterstützung. (Drs. 1225/XVIII)

Gemeinschaftsschule auch in Tempelhof-Schöneberg

Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt im Zuge der Einrichtung der integrierten Sekundarschule und der Weiterentwicklung des Schulnetzes im Bezirk, die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule zu unterstützen und zu befördern. Als deutliches Signal der Unterstützung durch das Bezirksamt, soll bei SchulleiterInnen und Gesamtelternvertretungen aller Grund- und Oberschulen brieflich für eine Teilnahme an dem Pilotprojekt Gemeinschaftsschule geworben werden. Das Schreiben wird der BVV zur Sitzung im Dezember 2009 zur Kenntnis gegeben.
Die BVV hat den Antrag, den die SPD eingebracht hatte, mehrheitlich (gegen die Stimmen von CDU und FDP) angenommen. (Drs.1239/XVIII)

(Fortsetzung von Seite 1)

EUREF light

CDU und SPD bekunden, dass sie sich nicht "getäuscht" sehen, auch wenn jetzt die Errichtung einer Energie-Uni erst nach einer "fünfjährigen Aufbauphase" wieder aufgegriffen werden soll.

Spekulationsgewinne

Aus dem Abgeordnetenhaus wird das (mittlerweile) kritischer gesehen. So wird von Lars Oberg (direktgewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses / SPD) berichtet, dass er unabhängig von der Realisierung des "Leuchtturmprojekts" Energie-Uni einen ungeheuren Spekulationsgewinn für möglich hält: "Baureif entwickelt könnte das Areal einen Wert von bis zu 100 Millionen Euro haben, so hieß es jedenfalls vor der Wirtschaftskrise". Projektentwickler Müller soll das Gelände 2007 für 1 Million von der ehemalig in öffentlichen Eigentum befindlichen GASAG erworben haben.

Kritisch wird jetzt untersucht, auf welche Weise der Bebauungsplan entgegen den über 200 Einwänden im Sommer mit Eile durchgezogen wurde. Lars Oberg: *"Durch den Trick sitzt Müller jetzt auf einer Goldgrube, die er je nach Bedarf ausbeuten kann, notfalls mit einem gesichtslosen Büroquartier. Dazu müssen die Anwohner Bauhöhen akzeptieren, die es ohne Uni nie gegeben hätte."* (Beide Zitate in Berl. Kurier, 11.11.09)

Die Abgeordnete Jutta Mattuschek (DIE LINKE) hatte im Oktober mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 16/13 765) nach dem Ablauf des Bebauungsplanverfahren gefragt. In der Antwort äußert sich die Senatorin vorsichtig, weil ihr die Rechtskontrolle über die bezirklichen Planungen obliegt. Auffällig ist, dass sich die Rechtskontrolle nun schon länger hinzieht und offenbar weitere Auskünfte vom Bezirk eingeholt wurden.

Zu Fragen nach der Beauftragung eines privaten Planungsbüros (auf Kosten des Projektentwicklers) zur Bearbeitung des Bebauungsplans und der Erstellung von Abwägungen (zu den Einwendungen) sowie, ob die Zeiträume für eine ordnungsgemäße Bearbeitung ausreichten, antwortet die Senatorin ausweichend.

EUREF/Energieforum - Dauerthema

Die Entwicklung des Gasometer-Geländes wird die nächsten Jahre auf jeden Fall ein Dauerthema bleiben. Dafür sorgen auch die Verpflichtungen zur Sanierung des denkmalgeschützten Gasometer-Skellets. Die Leuchtreklame sorgt für weitsichtbare Lichtverschmutzung, während an Sanierungsbemühungen nichts feststellbar ist. Im Oktober hatte die BVV beschlossen: "Das Bezirksamt wird ersucht, gegenüber der Firma "Denkmal Plus" auf Erfüllung des Vertrages über die Instandsetzung des Gasbehälters aus Erträgen einer LED-Werbeanlage zu bestehen. Der Vertragspartner ist nach Ablauf der vereinbarten Fristen hinsichtlich seiner Instandsetzungs-Pflichten unmittelbar unter Androhung eines Widerrufs der Errichtungs- und Betriebsgenehmigung der Werbeanlage in Verzug zu setzen. Nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist ist die Errichtungs- und Betriebsgenehmigung zu widerrufen." (Drs. 1170/XVIII)

Mit dem Veranstaltungszentrum, das mit einer Kopie der Reichtagskuppel in das Innere des Gasometers gebaut wurde, ist rein technisch ein Sanierung kaum noch vorstellbar (vergl. auch Bericht zur BVV-Anfrage).

Mit der vom Projektentwickler und Bezirksamt gewählten Art der Erschließung des Geländes drohen noch jahrelange Auseinandersetzungen. Für die Abläufe werde sich sicher auch noch Kontrollinstanzen wie Rechnungshof oder auch Europäische Kommission interessieren dürfen. Das Risiko bei zubeanstandenden Vorgängen trägt der Senat. DIE LINKE hofft daher, dass die Senatsverwaltung mit ihrer Prüfung die Merkwürdigkeiten am Planverfahren klärt und notfalls korrigiert.

Harald Gindra

Bis zu 2.000 Schüler, Eltern und Lehrer demonstrierten am 17.11. vor das Rathaus, in dem die BVV an diesem Tag tagte. Sie befürchten, dass die Zukunft ihrer Schule im Rahmen der Schulentwicklungsplanung in Gefahr geraten könnten. Aufgerufen zum "Bildungslaternenmarsch" hatten Elterninitiativen der Grundschulen Am Barbarossaplatz, Neumark, Sternberg und Teltow. Angeschlossen hatte sich auch das Robert-Blum-Gymnasium und Lichtenrader Grundschulen. In diesen beiden Ortsteilen werden die einschneidensten Maßnahmen erwartet. Zunächst wird es aber mit den jeweiligen Schulgemeinden "Zukunfswerkstätten" mit dem Bezirksschulamt geben. Entscheidungen stehen erst für 2010 an.
Text: Harald Gindra / Foto: Grace Izaroque

Lupe09-12-2.indd 2 07.12.2009 16:22:32

BVV Oktober

Keine Dringlichkeit für Solidarität mit dem Reinigungspersonal

Der Dringlichkeitsantrag unseres Bezirksverordneten Harald Gindra an die BVV, mit der Forderung an die Tarifparteien zu einer verträglichen Lösung zu kommen die den Reinigungskräften auskömmliche Löhne garantieren soll, verfehlte knapp die Zweidrittelmehrheit. CDU, FDP und AGP stimmten dagegen. Nach dem Auslaufen des Tarifvertrages am 30.09. drohen Dumpinglöhne auch für das Reinigungspersonal im Rathaus. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass diese schwere Arbeit Wertschätzung erfährt und so bezahlt wird, dass nicht das JobCenter die Löhne aufstocken muss, aber die Unternehmer satte Gewinne machen. Bei der Einbringung des Antrags und der Dringlichkeit verwies unser Verordneter auch darauf, dass die im Rathaus beauftragte Firma versucht hatte, einer warnstreikenden Beschäftigten (aus einem anderen Objekt) zu kündigen und erst vom Arbeitsgericht gestoppt wurde.

Eltern bangen um Barbarossa-Grundschule

Bei einer der drei Bürger/innen-Anfragen ging es um den aktuellen Schulentwicklungsplan (SEP), bei der eine betroffene Mutter wissen wollte, wie gefährdet die Grundschule am Barbarossa-Platz sei. Eine Entscheidung werde aber erst im Dezember getroffen werden können, da einzelne Standortprüfungen und Maßnahmenvarianten, was mit sinkenden SchülerInnen-Zahlen zusammenhänge, noch nicht abgeschlossen sei. Es wäre sehr schade um diese beliebte Schule mit kurzen Wegen zum Hort.

Schulhelferstunden unbefriedigt gelöst

Nach dem Antrag (Drs.1176 vom Sept.) von der FDP gibt es Klärungsbedarf über die Kürzung der notwendigen Schulhelferstunden für Kinder mit Behinderungen. Es könne nicht sein, dass Schulen nicht nach Bedarf ausgestattet würden, denn Schulrecht und Schulpflicht sei dann nicht mehr gewährleistet, wenn dies an der Finanzierbarkeit scheitern würde und SchülerInnen dann abgewiesen werden müssten. Dass Schulhelferstunden nicht bewilligt werden, könne vorkommen wegen Deckelung der Kosten, und nach Einzelfallprüfung. Die BVV stimmte dem Antrag einstimmig zu, dass das Bezirksamt sich bei der Senatsschulverwaltung dafür einsetzt, dass die beschlossene Kürzung der Stunden zurückgenommen werde, und an dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird.

Elitedenken bei der Rückert-Oberschule

Die CDU beklagte bei ihrer mündlichen Anfrage die Verwehrung eines 2. bilingualen Zuges ab der 5. Klasse Französisch bei der Rückert-Oberschule, da die Romain-Rolland-Oberschule in Reinickendorf die Genehmigung dafür erhalten hätte und sie sich ungleich behandelt fühlten. Schulstadtrat Hapel (CDU) meinte zwar eine erhebliche Nachfrage sei nicht ersichtlich, aber “eine Angebotserweiterung auf einen zweiten genehmigten Zug wäre wünschenswert.” Die Grünen sind sich in dieser Frage mit der CDU einig, wenn der Wille der Eltern berücksichtigt werde. Ein später von CDU und Grünen eingebrachter Antrag (Drs.1213) wurde mehrheitlich (CDU+Grüne+FDP) angenommen. Da der Berliner Senat aber Gemeinschafts- und Sekundarschulen beschlossen hat, ist es nicht nachzuvollziehen, ein Schulmodell zu forcieren, bei dem Kinder ab der 5. Klasse schon selektiert werden und ungleiche Bildungschancen vorprogrammiert sind. Die Schulen ohne vorgegebene Mischung ermöglichen letztendlich einen gerechteren Zugang zur Bildung, und dies sollte auch nicht von der Rückert-Oberschule unterlaufen werden, alles andere ist Elitedenken.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen im Oktober

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf.

(Drs = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlußempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Wohnraumversorgung in Schöneberg aufzeigen (Drs. 1204 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Google "Street View": Widerspruch ist möglich (Drs. 1205 von FDP) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bürgerdienste und Ordnungsamt (KL)
- Standortmanagement für Güterverteilungs-Subzentrum initiieren (Drs. 1206 von SPD, CDU und B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Schulentwicklungsplanung ergänzen und fortschreiben (Drs. 1207 von SPD und B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Wohngeldanträge jetzt im Griff? (Drs. 1209 von SPD und CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Schul-, Jugend- und Kulturentwicklung in Einklang bringen (Drs. 1210 von SPD und B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Soziales Beratungs- und Schreibbüro erhalten (Drs. 1211 von B'90/Grüne und CDU) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Bezirkliche Interessen im Bebauungsplanverfahren Werdauer Weg wahren! (Drs. 1214 von SPD) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Veröffentlichung aller vorliegenden Bereichsentwicklungspläne (Drs. 1216 von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Postämter in Bürgerbüros (Drs. 1217 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bürgerdienste und Ordnungsamt (KL)
- Dokumentation der Ergebnisse von Bürgerentscheiden (Drs. 1218 von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Werkstattgespräche für Gebiet zwischen Südgelände und Gleisdreieck endlich beginnen (Drs. 1220 von B'90/Grüne) Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Prioritätensetzung in der Bebauungsplan-Bearbeitung jährlich vorlegen (Drs. 1221 von B'90/Grüne) Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt
- Zukunftswerkstatt Schöneberg - zur Schulentwicklung (Drgl. Drs. 1226 von FDP) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Trägermodell versus Honorarmodell (Drs. 1193 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- LED-Werbeanlage am Gasometer: Auf Vertragserfüllung bestehen (Drs. 1170 aus Ausschuss Stadtplanung) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich
- Bezirkliches Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Drs. 1223 Vorlage des Bezirksamt) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung sowie Wirtschaft (KL)
- Kriterien für Schließungen eines Schulstandortes (Drs. 0992 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Schule sowie Sport (KL)
- Wohnungsbordelle: BVV-Beschlüsse einhalten (Drs.1024 MzK des BA) Ergebnis: zur Kenntnis (KL)
- Mitteilung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barbarossaplatz 7-42 (Drs.1227 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung

Unser Bezirksverordneter

Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525-45 25 000

EMail: Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus: Raum 2036

Sprechstunde: immer donnerstags von 17-19 Uhr

Telefon: 030 / 90277 4898

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen in der BVV nehmen.

Nächste AKK-Sitzung

Freitag, 8. &. 15. Januar

Beginn jeweils 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen BVV-Sitzung zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.
Interessierte sind ständig eingeladen, die Beratungen der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

BVV-Sitzung

Die nächste BVV-Sitzung findet am Mittwoch, dem 20. Januar, 17 Uhr im BVV-Saal (2. Stock) im Rathaus Schöneberg statt.

Lupe09-12-2.indd 3 07.12.2009 16:22:33

Senioren-Forum

„Wohnen und Leben im Alter“

Großen Zuspruch fand das erste Seniorenforum am 11. November im Rathaus Schöneberg. Mit zahlreichen Fachreferentinnen wurden u.a. die Themen neue Wohnformen, Gesundheit und Verbraucherschutz diskutiert. Dass für ein altersgerechtes Wohnen kreatives Handeln nötig ist, belegt schon die Statistik. Über 37% der Menschen im Bezirk sind älter als 50 Jahre und 2030 werden es über 43% sein. Die Lebenserwartung ist gestiegen, nur hat sich entsprechend den Altersbedürfnissen die Infrastruktur wenig verändert. Das Wohnumfeld hat eine wichtige Bedeutung, denn die Zahl der Wege bei älteren Menschen gehen zurück und haushaltsnahe Dienstleistungen und Sozialprojekte sollten in Wohnnähe sein. Als gutes Beispiel wurde Schweden genannt, wo es eine bedarfsgerechte Mischung gibt, die auch für junge Menschen attraktiv ist, und wo auch der Kindergarten nicht fehlt. Das große Problem wird in der Vereinsamung der älteren Mitbewohner gesehen, die überwiegend in Zwei- bzw. Einpersonen-Haushalten leben und überwiegend auch so leben wollen. Das könnte sich ändern, wenn es genügend barrierefreie und vor allem bezahlbare Wohneinheiten mit Gruppenräumen und Serviceleistungen gäbe und so die Eigenständigkeit beibehalten werden könnte. Der Bund und der Bezirk unterstützen Projekte für Wohnen im Alter. Aber diese Wohnungen müssen auch für die Mehrheit der RentnerInnen bezahlbar sein. Dies scheint bei Projektmieten ab 565 Euro nicht möglich. Die Renten werden nicht nur stagnieren, sondern bei Teilzeit- und Arbeitslosenleistung fallen.

Elisabeth Wissel

BVV November

Zweifler an der Schulstrukturreform möchten diese hinauszögern

Eine große Debatte löste die Drs.1201 von der CDU (vom Okt.) über die Planungen der integrierten Sekundarschulen (ISS) aus. Kritisiert wurde, dass die gesetzlichen Grundlagen dafür bisher fehlten (die aber im Dez. 2009 geschaffen werden), auch was z.B die finanzielle Mittelzuweisung und die baulichen Maßnahmen betrifft. Frau Ahlhoff (SPD) meinte, jede notwendige Veränderung werde von den konservativen Kräften erst mal schlecht geredet und mit Bedenken über die Finanzierbarkeit verbunden. Jedoch sei ein Teil der Mittel aus dem Konjunkturpaket II schon umgesetzt worden, an drei Oberschulen wurden die baulichen Voraussetzungen schon geschaffen. Die ISS werde neben den Schulleitern Berlins auch von der IHK (Industrie- und Handelskammer) begrüßt und gefordert, weil nur so Schüler/innen eine Chance hätten. Auch seien 30 000 Euro im Bezirk sofort abrufbereit für Fortbildung der Lehrer/innen, aber der Bezirk würde mit der Mittelfreigabe noch zögern. Fakt ist, dass die Sekundarschulen flächendeckend im nächsten Schuljahr beginnen. Leider fehlten noch die Gemeinschaftsschulen, bedauerte unser Bezirksverordneter Harald Gindra, die als Modell in unserem Bezirk nicht positiv kommuniziert wurden, wogegen sie in Privatschulen sehr gut funktionieren würden. Schulstadtrat Hapel (CDU) sieht die Schulreform um die ISS erst mal pragmatisch, denn wichtig seien für ihn die motivierten Schulleiter, die die Reform wollten, um die Chance zu nutzen.

Gasometer “coolste location”, aber nicht für die Anwohner

In der Großen Anfrage von unserem Bezirksverordneten Harald Gindra, ging es um das Veranstaltungszentrum im Gasometer, welches für die Anwohner als Ärgernis und Zumutung gesehen wird. Besonders bei einer Großveranstaltung am 8.Okt. kam es wegen der Lautstärke zu Anwohnerbeschwerden, bei dem auch ein Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstoß der zeitlichen Begrenzung, die bis 23 Uhr galt, eingeleitet wurde. Die temporär genutzte Halle innerhalb des Gasometers, wo bei Veranstaltungen über 600 Menschen zusammen kommen, wird auch in Zukunft Streitpunkt bleiben, denn sie wird für EUREF-Themen und für Fremdveranstaltungen genutzt werden. Die geplante Zufahrtsstraße wird auch auf sich warten lassen, da sie erst für die zukünftige Erschließung des EUREF-Geländes für erforderlich erachtet wird. Jedoch steht das EUREF-Vorhaben in den Sternen, wie Harald Gindra zu Recht von einem Vorratsbeschluss für diese Spekulationsfläche spricht.

Lernmittelbefreiung macht Kinderarmut im Bezirk deutlich

In der mündlichen Anfrage der SPD wurde deutlich, dass gerade Familien mit Kindern von staatlicher Unterstützung abhängig sind, denn nur Kinder aus diesen Familien bekommen Lernmittelbefreiung. Im Bezirk insgesamt betrifft es 35,38%. Allein in Schöneberg liegt der Anteil bei 52,18% und in Tempelhof bei 44,79%. Nimmt man die Schularten, so fällt der größte Anteil auf die Hauptschulen mit 70,46%, gefolgt von Sonder- und Grundschulen. Der niedrigste Anteil liegt bei den Gesamtschulen mit 14,93% und den Gymnasien mit 23,09%. Das sind erschreckende Zahlen, wo der Bezirk sich mehr in der Pflicht sehen müsste Arbeitsplätze zu erhalten und gegen jegliche Präkarisierung vorgehen muss. Um Familien eine auskommende Erwerbsbasis zu schaffen, so dass die Armutsstigmatisierung nicht generationsübergreifend von vornherein eine sozialpsychische Chancengleichheit nachhaltig beeinträchtigt.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen im November

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf.

(Drs = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlußempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

■ Wohnraumversorgung in Schöneberg aufzeigen (Drs. 1204 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Entwicklung der Bahnhofsstraße (Lichtenrade) sichern (Drs. 1233 von SPD und B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss mehrheilich

■ Abarbeitung von Ersuchen der BVV (Drs. 1234 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Schluss mit Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück (Drs. 1236 von WAS-B und DIE LINKE) Ergebnis: Beschluss einstimmig (bei vielen Enthaltungen)

■ Gemeinschaftsschule auch in Tempelhof-Schöneberg (Drs. 1239 von SPD) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich (gegen CDU und FDP)

■ Bezirkliche Selbstbindung für ein Discounter-Moratorium (Drs. 1242 B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung sowie Wirtschaft (KL)

■ Notaufnahmelager Marienfelde und nun? (Drs. 1243 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Jahresplanung der Seniorenbetreuung für 2010 aufzeigen (Drs. 1246 von B'90/Grüne und SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Verschiebung der Entscheidung über Fortführung des Trägermodells (Drs. 1229 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss mehrheitlich

■ Schulreform zur Frequenzverbesserung in allen Schularten nutzen! (Drs. 1136 BE aus Schulausschuss) Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Gedenkstätte General-Pape-Straße (Drs. 0730 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)

Lupe09-12-2.indd 4 07.12.2009 16:22:33

„Geschichte in Geschichten“

Warum nach 20 Jahren Mauerfall noch Kommunist/in sein?

Massenmedien und Politiker denunzieren heute die DDR und die anderen sozialistischen Länder als totalitär und ziehen Parallelen zu faschistischen Diktaturen. In Polen und Tschechien werden kommunistische Symbole unter Strafe gestellt. Das haben sich viele Menschen, die als SozialistInnen Hoffnungen auf Gorbatschows „Neues Denken“ gesetzt hatten, nicht vorstellen können.

Die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE organisierte im Gebäude des ND am 04. Oktober als Kontrapunkt dazu eine Veranstaltung unter dem Titel „Geschichte in Geschichten“.

Es kamen unterschiedliche Linke aus Ost und West mit ihren Biographien und Beweggründen, der sozialistischen Idee treu zu bleiben, zu Wort..

Einen besonderen Aspekt in der Beurteilung des gewesenen Sozialismus stellt dessen Haltung auf internationaler Bühne an der Seite nationaler Befreiungsbewegungen dar. Hier wirkten die DDR und die anderen sozialistischen Staaten im direkten Gegensatz zu den heute als „freiheitlich“ bezeichneten kapitalistischen Ländern, die damals nationale Befreiungsorganisationen wie den ANC oder die SWAPO als terroristische Organisationen diffamierten. Man erinnere sich auch an den Eiertanz von Amnesty International, die sich weigerten, ein Mandat für den ANC- Führer Nelson Mandela zu übernehmen, da Mandela nicht bereit war, der Gewalt gegen die südafrikanischen Rassisten abzuschwören.

In der Veranstaltung kamen u.a. Menschen zu Wort, die Beispiele für DDR- Solidarität gaben: So berichtete Reinhard Loeff, Facharbeiter im DDR-Lokomotivbau, von seiner Freundschaft zu seinen Lehrlingen aus Namibia, allesamt ehemalige Kämpfer der SWAPO. Sein namibischer Freund Thomas lernte in der DDR das Schreiben, Lesen und Mathematik und brachte es mit Loeffs Hilfe zum Facharbeiter.

Loeff straft allen Behauptungen über alltägliche Diskriminierungen von MigrantInnen in der DDR Lügen. Nur zum Ende des Sozialismus seinen solche Tendenzen sichtbar geworden. Sehr bewegend schildert Loeff die freundschaftlichen Begegnungen mit seinem Freund Thomas, der im Alter von 14 Jahren mit ansehen musste, wie südafrikanische Söldner seinen Vater massakrierten. Der Junge, der sich nach diesen schrecklichen Erlebnissen der SWAPO anschloss, kam zur Schul- und Berufsausbildung in die DDR.

Interessant auch der Beitrag von Rim Fahra, syrische Kurdin und BVV–Verordnete der Linken in Lichtenberg: Die junge Rim erlebte antikommunistische Progrome in Ägypten und Syrien. Viele ihrer Verwandten wurden brutal gefoltert. Rim musste als Kind mit der bitteren Wahrheit umgehen, dass der Ägypter Nasser, der KommunistInnen wie Islambrüder gleichermaßen brutal verfolgte, in der DDR jedoch als Antiimperialist und Bündnispartner galt. Dennoch lässt Rim auf die DDR nichts kommen: Hier wurde sie gefördert, erlebte sie die Solidarität ihrer MitschülerInnen und LehrerInnen. Heute engagiert sie sich in der Friedensbewegung und in der Linken und kämpft für die Opfer des Kapitalismus, insbesondere die Flüchtlinge, die vielen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Bewegend auch die Schilderungen der Kriegs- und Nachkriegserlebnisse von Kindern von AntifaschistInnen wie Werner Wüste oder die Geschichte von Kurt Gutmann, dessen jüdische Familie im Vernichtungslager Sobibór ermordet wurde und für den das ungehinderte Treiben von Nazis heute unfassbar ist. Kurt Gutmann ist bis heute Kommunist geblieben. *Carsten Schulz*

Die Beiträge dieser Veranstaltung können in den Mitteilungen der KPF, Heft 11, über das Karl Liebknecht Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, bezogen werden.

EZB

Neues vom Spaltpilz EZB

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) massenhaft Geld in die Finanzsysteme der Euro–Länder gepumpt hat, denkt sie nun über den Zeitpunkt nach, wann es wieder herauszuziehen ist. Bisher wurden die riesigen Geldmengen genutzt, um die Bilanzen von Geldbanken und Finanzdienstleistern aufzuhübschen. Sobald sie aber in den Wirtschaftskreislauf gelangen, wird, so die Befürchtung der Währungswächter, ein nicht mehr zu stoppender Inflationsprozess einsetzen. Zu vermuten ist deshalb, dass sich der EZB–Rat schon in Kürze für eine geringfügige Erhöhung des Leitzinses entscheiden wird. Dieser Kurs wäre zwar beruhigend für die internationalen Finanzanleger, doch desaströs für die meisten Mitgliedsstaaten des Euro-Raumes. Zum einen wird die nur schleppend in Gang kommende konjunkturelle Entwicklung innerhalb des Euro–Raumes abgewürgt. Zum anderen werden die ökonomischen Unterschiede zwischen den Ländern des Euroraumes weiter zunehmen. Lassen wir die Zahlen sprechen: Während Deutschland in den 12 Monaten bis August 2009 einen Außenhandelsüberschuss von 117 Milliarden Euro verzeichnete, häufte Spanien im gleichen Zeitraum ein Außenhandelsdefizit von 56 Milliarden Euro an. Für Spanien wäre die Zinserhöhung eine schlichte Katastrophe.

Wollen wir hoffen, dass sich die EZB sich noch etwas Zeit mit ihrer Entscheidung lässt. Denn entscheidend für die Zukunft des Euros ist die stabile wirtschaftliche Verfasstheit der Mitgliedsstaaten des Euroraumes. Nicht jedoch das Schüren von Inflationsängsten durch die EZB, was letztlich nur den Geld-Vermögensbesitzern dient.

Ulrike Schenk

Lupe09-12-2.indd 5 07.12.2009 16:22:33

Termine

Samstag 19. Dezember ab 17 Uhr Weihnachtsfeier in der Roten Insel

Samstag 26. Dezember 2009 um 20.30 Uhr, Cinéma la Gauche, Ken Loach Filmreihe, Rote Insel

Samstag, 9. Januar 2010, um 20.30 Uhr, Rosa Luxemburg – Film von Margarethe von Trotta

Samstag den 9. Januar 2010, ab 10 Uhr, Internationale-Rosa-Luxemburg-Konferenz, Berlin, Urania-Haus, an der Urania Ecke Kleiststr.

Sonntag 10. Januar 2010 Liebknecht-Luxemburg Demonstration nach Friedrichsfelde, Treffpunkt 10.00Uhr, U-Bhf. Frankfurter-Tor

Sonntag 10. Januar 2010 Liebknecht-Luxemburg Demonstration zum Landwehrkanal. Treffpunkt um 15 Uhr (?) am Elefantentor der Zoologischen Gartens

Freitag 15. Januar, ca. 15.00 Uhr, Kranzniederlegung für Rosa Luxemburg, Cranachstrasse, Friedenau

Freitag 15. Januar Liebknecht-Luxemburg Demonstration zum Landwehrkanal, Kranzniederlegung, Treffpunkt 17.30 Uhr, Wittenbergplatz

Samstag 16. Januar 2010, von 12-17 Uhr, Präkariat Konferenz, Rote Insel

Mittwoch 20. Januar 2010 um 17 Uhr, BVV im Rathaus Schöneberg

Mittwoch 27. Januar 2010, Holocaust-Gedenktag

Samstag 30. Januar, um 20.30 Uhr, Cinéma la Gauche: Ken Loach Filmereihe, Rote Insel

Rassismus und Schule:
Rund zwanzig Jahre ist das von mir vor etwa sechs Jahren literarisch aufgearbeitete Erlebnis her, aber ich fürchte – und viele Erzählungen anderer bestärken mich in dieser Befürchtung – dass man auch heute noch so etwas erleben kann:

Eiszeit

Mit unwohlem Gefühl betraten Mutter und Vater das Sprechzimmer, in dem man ergründen wollte, warum der Sohn keine Gymnasial-Empfehlung von seiner Grundschullehrerin erhalten hatte.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Eltern ihren Kindern mehr Fähigkeiten zutrauen, als diese vielleicht besitzen. Dennoch, gut konnte sich der Vater nicht nur daran erinnern, wie der Sohn mit zehn oder elf Monaten auf dem ausgelegten Bettlaken gesessen hatte und, zu faul zum Krabbeln, mit hoheitsvollem Gesicht das Laken mit den begehrten Spielsachen zu sich heranzog! Ja, hatte nicht einer seiner eigenen Professoren in einer Prüfung zu ihm gesagt: „Sie sind intelligent, aber faul!“. Verhängnisvollerweise hatte er es allerdings zu sehr als Kompliment aufgefasst. So war sein Studium etwas lang und kompliziert geraten, wenn auch zu einem guten Ende gelangt.

Auch hatte der Vater sich daran erinnert, wie der vielleicht Achtjährige ihn eines Morgens im Badezimmer mit dem Ausspruch begrüßt hatte: „Daddy, was ich dich schon immer fragen wollte: warum bin ich ich?“. Einige Zeit hatte er sich genommen, seinem Sohn zu erklären, dass dies eine der schwierigsten Fragen menschlichen Denkens und eine der Grundfragen der Philosophie sei! Nein, mit dieser Empfehlung für Haupt- und Realschule konnte man sich nicht arrangieren! Auch dann nicht, wenn der Sohn von seinem Vater die Möglichkeit zur Faulheit geerbt hatte. Und die Zeit, da der Sohn nach recht problemlosem Durchlauf des Gymnasiums in der zwölften Klasse nach der Trennung der Eltern ernste Schwierigkeiten bekam, lag noch in weiter Zukunft.
Ja, mit seiner ersten Grundschullehrerin hätte man sehr vertrauensvoll sprechen können, aber diese herzerwärmende junge Frau hatte ihr zweites Kind bekommen und das Lehrerpult einer anderen jungen Kollegin überlassen.

Der saß man nun gegenüber und drehte sich mit ihr im Kreise. Oder war sie in der Position eines Arztes, der Gott gleich, seinem Patienten das vernichtende Urteil unterbreitet? Man hatte für sein Kind keinen Anspruch auf eine Gymnasialempfehlung, wollte man sich in den Geruch von Leuten bringen, die nur nach Prestige trachteten? Diese Frage stellte die Lehrerin nicht, aber sie hing in der Luft.

Hin und her ging es und mancher verstohlene Blick war zwischen Mutter und Vater gewechselt worden, die beklemmende Frage austauschend: „Hat es irgendeinen Zweck?“.

Zum Glück wusste man, es ging nur um eine Empfehlung, der man letzten Endes folgen konnte oder nicht. Man würde ohne die Lehrerin nachdenken müssen! Hier würde man keine Klärung erreichen, aber man hätte sie gerne gehabt! Dann aber kam sie!
Man war dabei, sich innerlich von dieser Auseinandersetzung zurückzuziehen, da setzte die junge Frau ein merkwürdiges Engelslächeln auf:

„Und bitte denken Sie nicht, es hätte etwas mit der Hautfarbe Ihres Sohnes zu tun“, sagte sie und die Augen im dunklen Gesicht der Mutter weiteten sich, während sich die Augen im nur mäßig von Sonne gebräuntem Gesicht des Vaters zu Sehschlitzen eines Panzers verengten, beide jedoch blickten durch einen Eispanzer, so dick wie Grönlandeis, aber so klar und durchsichtig, dass jeder kleine Flecken auf der blassen Haut der Lehrerin sichtbar war.

Dann fuhr sie fort: „Nein, ganz und gar nicht, ich habe eine Putzfrau aus Ghana!“.

Ich hoffe, dass mein Sohn nie wieder solchen Menschen ausgeliefert sein wird!

Andreas Schlüter

Schweiz extrem

Am Sonntag, dem 29. November, hat die Schweiz beherzt den Schritt ins Mittelalter getan und den Bau weiterer Minarette (es gibt in der ganzen Schweiz zur Zeit vier Moscheen mit Minaretten) per Volksabstimmung mit 57,5% bei einer Wahlbeteiligung von 54% verboten.

Man könnte sich amüsieren angesichts der Tatsache, dass die Schweizer Berge kaum in der Gefahr sind, von Minaretten überragt zu werden, wie es das hetzerisch-rassistische Plakat der verantwortlichen „Volksinitiative“ nahelegt.

Aber offenbar wollen die verblendeten Wähler es an Liberalität und Freiheitsgeist mit Saudi-Arabien aufnehmen, wo der Kirchenbau verboten ist.

Vielleicht besteht ja auch die Chance, im Alpenland per Volksentscheid die Hexenverbrennung wieder einzuführen.

Es mag allerdings sein, dass das Schweizer Gewissen bald schlägt, sollten die Gelder aus islamischen Ländern die Schweiz verlassen bzw. den Weg dorthin nicht mehr finden.

Dieser Bereich des Schweizer Lebens hat sich ja oft als sehr sensibel erwiesen.

Andreas Schlüter

Lupe09-12-2.indd 6 07.12.2009 16:22:33

Gedanken zum Landesparteitag

Andreas Schlüter bei der Begründung seines Antrags auf dem Landesparteitag

Der Landesparteitag am 28. November war wieder einmal dominiert von der Rede des Landesvorsitzenden und dem Leitantrag sowie anderen Anträgen des Landesvorstands. Der Leitantrag versuchte - ausgehend von dem wirklich großen Erfolg bei der Bundestagswahl - eine Perspektive für die weitere politische Entwicklung hin zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011 aufzuzeigen. Dazu gab es eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen: Manche wurden übernommen, manch andere, auch vorwärts weisende Vorschläge, routinemäßig abgelehnt. Zusätzlich gab es wichtige Einzelanträge wie den zur Solidarität gegen die drohende Vollsteckung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal in den USA. Auf Einzelheiten kann in der Kürze des Artikels nicht eingegangen werden.

Mich persönlich hat überrascht - fast erschreckt -, dass der Landesvorstand – mit Blick auf die Landeswahl 2011 hinzuweisen - keinen Gedanken verschwendete, auf das schlechte Wahlergebnis bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen: Nach dem herausragenden Ergebnis bei der Abgeordnetenhauswahl 2001 mit einem Stimmenanteil von 22,6% war bei der nachfolgenden Wahl 2006 der Absturz auf nur noch 13,4% erfolgt. Nach 362.000 Stimmen 2001 konnten 2006 nur noch 185.000 erzielt werden. Fast die Hälfte der Wählerstimmen ging verloren. Nach dem guten Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2005 mit 16,4% waren wir um 3 Prozentpunkte abgesackt. In aktuellen Umfragen wird DIE LINKE inzwischen zwar wieder auf um die 16 % prognostiziert. Eine wirkliche Beruhigung kann das aber nicht sein - gerade auch angesichts der hohen Werte der Grünen auf Landesebene.

Was wir brauchen und ausbauen müssen, ist eine stärkere Profilierung der Linken in der Koalition und zugleich als gesellschaftliche Opposition: Die Regierungsbeteiligung in Berlin darf nicht als Gegensatz zu der grundsätzlich oppositionellen Politik auf Bundesebene erscheinen. Die oppositionelle Bundespolitik war es doch, die zur Wahl stand und die die großartigen Erfolge in Berlin und anderswo erzielen konnte.

Bei aller Kritik; es gab auf dem Landesparteitag auch Ansätze, stärker eigenes Profil zu zeigen, und zwar in der Politik der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor allem bei den Wasserbetrieben. Die Träger der Volksabstimmung wurden nun als Bündnispartner begriffen, ihre Forderungen weitgehend unterstützt. Auch gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen im Öffentlichen Dienst hat es Annäherungen gegeben.

Weniger Hoffnung machen die Andeutungen zu einer Organisationsreform, die den Landesverband effektiver machen soll. Hier ist - wie bei früheren Anläufen - zu befürchten, dass eine Konzentration der personellen und finanziellen Mittel auf Landesebene erfolgen soll. Die Bezirke, die für Bevölkerungsnähe und Basisaktivitäten stehen, würden geschwächt. Dagegen müssen sich die Bezirke, alle Bezirke, rechtzeitig und gemeinsam zur Wehr setzen.

Bedrückend ist im Übrigen, wie wenig spannend die Tagungen unsere Landesparteitage verlaufen: Das obligatorische Einleitungsreferat mit der Vielzahl anschließender Redebeiträge, in der die einzelnen Rednerinnen und Redner kaum auf einander eingehen, sind wenig spannend und bringen kaum Erkenntnisgewinne. Anträge werden kurz in Rede und Gegenrede abgetan. Spannende Auseinandersetzungen gibt es nicht. Aus den Bezirken kommen zu wenig grundsätzliche Alternativen, mehr kleinteilige Änderungen und tagesaktuelle Anträge. Das ist Selbstkritik: Wir dürfen aus den Bezirken die Vorbereitung des Landesparteitags nicht weiter als „Saisonarbeit“ betreiben, sondern müssen Initiativen längerfristig vorbereiten und jeweils breit auch mit den anderen Bezirken kommunizieren. Dazu bedarf es neuer Initiativen.

Kurt Neumann

Tempelhofer Feld

Druck aus Neukölln

Am 3. November führte die BVV-Fraktion von DIE LINKE Neukölln ein Hearing zur Zukunft des Tempelhofer Flugfeldes durch. Die Teilnehmer äußerten „übergangsweise“ Zufriedenheit mit der schrittweisen Öffnung durch den Senat und über Details der Pläne. Besonderer Dank kam für die LINKE bezüglich der Unterstützung für den geplanten Hundeauslauf durch die Interessengemeinschaft „Bunter Hund“ durch deren Sprecher Thomas Hinrichsen (DIE LINKE Neukölln): „Hundeauslauf ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge“.

Auch die Projektentwicklungsgesellschaft Adlershof und Berlin Grün wurde für eine professionelle Organisation der Diskussion gelobt, aber es wurde auch noch mehr Bürgerbeteiligung gefordert.

An der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übte DIE LINKE Neukölln aber erhebliche Kritik: *„Leider haben wir das Gefühl, dass die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nicht von ihren Bebauungsplänen an der Oderstraße und am Columbiadamm abrücken will, sondern sich Hintertüren offenhält. Gemeinsam mit unserem Landesausschuss verlangen wir ein zehnjähriges Moratorium, nicht für Ideen und Zwischenlösungen, aber gegen vollendete Tatsachen“* (Zitat aus „Neu-Köllnisch“, Bezirkszeitung DIE LINKE Neukölln, Novemberausgabe).

Knackpunkt

Eine wichtige Frage um die Zukunft von THF ist natürlich die Finanzierung. Hier aber könnte eine wichtige Rolle das Hauptgebäude des ehemaligen Flughafens spielen. Die bisherige Nutzung („Bread and Butter“-Modemesse) scheint aber letztlich durch die Saisonalität der Nutzungsweise eher Probleme durch die Hinderlichkeit für andere Nutzungen aufzuwerfen, als ein sinnvolles Teil eines Nutzungs-Ensembles zu sein.

Andreas Schlüter

Lupe09-12-2.indd 7 07.12.2009 16:22:34

Buch-Tipp

Sprengsatz Afghanistan

Der Friedensnobelpreisträger Obama ruft mehr Soldaten zu den Waffen, um in Afghanistan zu kämpfen, und auch der erneute Ruf „the Germans to the front!“ ertönt. Da ist jede ehrliche und ungeschminkte Information über den Afghanistan-Krieg bitter nötig, um dem fortgesetzten Irrsinn die richtigen Argumente entgegensetzen zu können.

Sehr zu empfehlen ist hier von Christian R. Hörstel „Sprengsatz Afghanistan“ Knaur, München 2007, ISBN 978-3-426-78116-6). Der Autor hat viel Zeit in Afghanistan verbracht, schon zu Zeiten des Kampfes gegen das sowjetische Militär, und hat viele persönliche Kontakte in fast alle Kreise des afghanischen Widerstandes. Seine klaren Worte ließen ihn zur journalistischen „Unperson“ werden. Er stellt unter anderem dar, dass die vielen zivilen Toten keine unbeabsichtigten „Kollateralschäden“ sind, sondern integraler Bestandteil der Strategie des US-Luftwaffengenerals Warden, der in der Zivilbevölkerung ein effizienteres Ziel sieht als im feindlichen Militär. Der Krieg erzeugt also durch die zivilen Opfer gerade Terrorbereitschaft, anstatt sie zu bekämpfen. Eine geordnete, verhandlungsbasierte (Verhandlung mit dem „Feind“) Beendigung ist nötig.

Hände weg von afghanischer Innenpolitik

Aber auch dabei warnt er vor gefährlichen Irrwegen: *„Wer schließlich bei einem Neuansatz meint, er müsse von außen die afghanische Innenpolitik mitgestalten, begibt sich erneut auf den Weg der Niederlage“*. Und: *„Die Geschichte lehrt vielfach, wohin Großmachthybris führt, wenn sie lange durchgehalten wird. Immer und ohne Ausnahme“.*

Andreas Schlüter

Sofortiger Abzug aus Afghanistan

Diese Forderung stellt ein breites Friedensbündnis seit der Invasion in Afghanistan durch US-amerikanische und britische Streitkräfte. Deutschland (unter 70 Staaten weltweit) ist von Anfang an mit Militäreinsätzen bei dem seit 2001 unter dem bestehenden Mandat der ISAF (International Security Assistance Force) dabei. Jedes Jahr gibt es im Bundestag darüber eine Abstimmung über eine Mandatsverlängerung, die jetzt Anfang Dezember ansteht. Das Bündnis der Friedensbewegung sammelt bundesweit dagegen Stimmen in der Bevölkerung, neben anderen Aktionen wie z.B. Mahnwachen oder Forderungsschreiben an die Abgeordneten, denn Deutschland wird nicht am Hindukusch oder sonst irgendwo verteidigt. Allein in Berlin gibt es über 80 Standorte an denen Stimmen abgegeben werden können, um ein Meinungsbild derjenigen Menschen wiederzugeben, die erreicht wurden. Auch nach ARD-Deutschlandtrend von Juli 2009 sind immerhin 69% der Befragten für den schnellstmöglichen Rückzug aus Afghanistan. Diese Meinungen können nicht einfach ignoriert werden, denn seitdem es fremde Truppen in dem Land gibt, hat sich die Situation für die Menschen dort noch verschlechtert. Unsere Bevölkerung hier sieht sich von den so genannten Friedenseinsätzen getäuscht und verängstigt. Von einer Vertreterin des UN- Kinderhilfswerks war am 21.11. im Rundfunk zu hören, dass die Kindersterblichkeit dort weltweit die höchste sei, dass fast jedes dritte Kind arbeiten müsse und 43% der Mädchen vor ihrem 15. Geburtstag verheiratet werden. Wirklich spürbare Veränderungen für die Bevölkerungsmehrheit im Lebensstandard gibt es nicht. Für den zivilen Aufbau stehen täglich von der internationalen Gemeinschaft sieben Millionen Dollar zur Verfügung, während für den Einsatz des US-Militärs täglich 100 Millionen Dollar ausgegeben werden (Der Spiegel 29.6.2009 Interview J.T.). Dieses Missverhältnis macht schon deutlich, dass der zugefügte Schaden größer ist als die „gute Hilfsabsicht“. Unsere Regierung setzt sich über Tote, physisch und psychisch leidender Menschen hinweg. Das Ziel der Interventions-Regierungen und des Kapitals, das sie vertreten, ist nicht mehr die Bekämpfung der Al-Qaida (damit fing alles an), sondern, wie inzwischen offen ausgesprochen wird, verfolgen sie geostrategische und rohstoffpolitische Interessen. Eine unfähige, total korrupte, wahlbetrügerische afghanische Regierung, Warlords und Drogenbarone dienen willfährig diesen Zielen. Frieden schaffen ohne Waffen ist der einzige Garant, der den Zorn des Krieges nicht zu uns zurückträgt. *Elisabeth Wissel*

Foto: Klaus-Dieter Heiser

Bundeswehr für zynisches Machtspiel missbraucht

Am 3. Dezember hat der Deutsche Bundestag den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Unterstützungsmission ISAF erneut um ein Jahr verlängert. Dies vor dem Hintergrund, dass der NATO-Rat erst im kommenden Januar über die vom ISAF-Oberbefehlshaber McChrystal geforderte neue Kriegsstrategie entscheiden wird. DIE LINKE hat als einzige Fraktion geschlossen mit Nein gestimmt und damit gegenüber der den Bundeswehreinsatz ablehnenden Mehrheit der Bevölkerung ihr Versprechen eingehalten: *„Nach der Wahl ist vor der Wahl.“* Das Parlament verschließt die Augen vor drei Fakten, die eigentlich unstrittig sein müssten. Erstens geht es in diesem Krieg nicht darum, den Afghanen eine Zukunftsperspektive für ein materiell gesichertes Leben in Rechtssicherheit zu eröffnen. Zweitens ist aus dem von der UNO als Hilfsmission mandatierten Einsatz ein Krieg gegen aufständische Afghanen geworden, die sich gegen die Besetzung ihres Landes wehren. Damit ist die völkerrechtliche Grundlage für ISAF entfallen, die jedoch für Bundestag, Bundesregierung und Bundeswehr eine unverzichtbare Einsatz-Voraussetzung nach dem Grundgesetz ist (Artikel 20, Absatz 3). Fälschlicherweise werden die Aufständischen übrigens kollektiv als „Taliban“ geführt, was eine unzulässige Verkürzung des Aufstandscharakters darstellt. Drittens: sollte die Parlamentsmehrheit der irrigen Auffassung sein, dass mehr Soldaten und eine zeitliche Ausweitung dieses Krieges zu mehr Sicherheit für die afghanische Bevölkerung führt, sollte sie die Lageentwicklung seit 2005 studieren. Die Zahl der Gefechte, Scharmützel und Sprengstoffanschläge pro Woche hat sich in diesen vier Jahren verzwölffacht, wobei entgegen der reißerischen Berichterstattung in den Medien die Zahl der Selbstmordattentate bei 2 % liegt.

Botschafter a. D. Dr. Arne Seifert, Mitglied im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., hat in der Dezemberausgabe von „Wissenschaft und Frieden“ mit einem anschaulichen Bild beschrieben, wofür der Krieg in Afghanistan geführt wird:

„Diese (von den USA, JS)als „AfPak“ für Afghanistan und Pakistan apostrophierte Strategie trägt dem Wunsch der USA Rechnung, hier den Grund für langfristige Präsenz zu bereiten, sozusagen für ein „Standbein“, um ihrem „Spielbein“ Mobilität zu ermöglichen in Richtung Zentralasien, Iran, Indien sowie dem Persischen Golf und dem Arabischen Meer.“ Wie die New York Times am 28.10.2009 enthüllte, steht der Drogenboss und Bruder des afghanischen Präsidenten, Ahmed Wali Karzai, auf der Gehaltsliste der CIA. Wie oft will der Deutsche Bundestag vor diesem Abgrund an Zynismus den Einsatz der Bundeswehr noch verlängern?

Jochen Scholz

Lupe09-12-2.indd 8 07.12.2009 16:22:34

Ein Schmerzensschrei des Herzens:

Ja, einesteils ist Politik eine Sache der Analyse, der Abwägung, der Ratio, aber anderenteils ist politisches Fordern und Handeln in Motiven begründet. Sie ist begründet in Wünschen, Hoffnungen, Sehnsüchten und somit ganz wesentlich eine Sache des Herzens!
Hier hat ein junger Mensch die Stimme seines Herzens sprechen lassen und dieses schreit nach Frieden. In einem Gespräch, das wir führten, musste ich feststellen, dass ich in dieser Zeit der oberflächlichen Zerstreuung und Ablenkung, in dieser Zeit von Computerspielen und Musik-Clips, kaum einen Menschen dieses Alters in dieser auch von vielen Problem, aber direkter Kriegsgefahr wenig belasteten Gesellschaft getroffen habe, der regelrecht physisch so unter dem Horror leidet, dem Menschen in anderen Weltgegenden – insbesondere Afghanistan – auch mit deutschem Zutun ausgesetzt sind. Hören wir auf diese Stimme!

Andreas

„Zeitloses Racheblut auf den Straßen“

(Gewidmet den Opfern im Krieg, besonders den Kindern und Frauen)

Ein Blutfluss fließt entlang dieser leeren Straßen. Tief rot schwarz, so wie der Himmel über dieser Todesstadt. Getragen vom Fluss, schwimmen Leichen auf seiner Oberfläche. Immer wieder fliegen Patronen über Menschenleichen hinweg. Von jeder Seite der Straße sind Schüsse zu hören. Hilfe-, Tränenschreie der Frauen und Kinder werden von Bombeneinschlägen übertönt. Besessen von Hass, Rache und Töten verschwindet auch jegliche Vernunft und Erbarmen gegenüber unseren unschuldigen Kindern dieser Welt.

Seht hin! Es stirbt ein Menschenkind.

Wieder wird einem Menschen sein Leben auf offener Straße genommen. Und von uns über den Todesfluss weggetragen. Gefangen von Leid und Tod stirbt die Hoffnung auf den Frieden im Herzen eines Kindes. Minute für Minute!

Mit der Überzeugung der hungrigen Kriegsmächte dieser Welt, dass das Schicksal dieses Kindes schon in seiner Wiege lag, stirbt jeglicher Traum und Hoffnung bei diesem Kind vom besseren Leben. Der innere Kampf dieses Kindes zwischen Leben und Krieg entscheiden seinen weiteren Weg. Doch mit dem Wiederkehren des Blutflusses durch das Leben dieses Menschen sowie der Erinnerung an den Krieg und Tod, bleibt diesem Kind nur noch Hass und Rache.

Für ein besseres Leben festhaltend am Glauben und der Hoffnung, bleibt diesen Menschen nur noch der einzige Ausweg, ihr Leben in die Hände der Profitblutsaugenden Kriegsgeier zu geben und ihr Blut vor den Augen ihrer Eltern, Geschwister und vor unseren zu vergießen.

Für einen Frieden bleibt dem Menschen auf dieser Welt nur der eigene Tod als sein Ausweg. Ich flehe Euch an, sagt mir bitte, ist dies der Weg zum Frieden, indem das Blut des Menschen vergossen wird? Ist dies die Antwort? Krieg und Tod?

Wie viel Blut muss noch vergossen werden?

Ob mit Gewalt, Hungersnot, Vergewaltigungen oder Menschenhandel wird die Geschichte der Menschheit fortgesetzt. 60 Jahre Menschenrechte werden gefeiert und doch werden auf anderen Kontinenten Menschenrechte mit Füßen getreten. Hilfeschreie ertönen durch die ganze Welt, und sie sieht zu, wie Menschen, Kinder auf beiden Seiten des Krieges sterben!

Sollen wir weiter, weiter wegsehen und unerträglich schweigen?

Mensch ist Mensch, keine Kampfmaschine. Darüber hinaus das intelligenteste Wesen auf dieser Erde. Nicht umsonst hat er die Fähigkeit des komplizierten Denkens vererbt bekommen. Es schadet nie, den eigenen Kopf zu verwenden, als nur sinnlos von Hass und Rache erfüllt und besessen zu sein.

Die Waffe eines Menschen für Frieden ist seine Stimme. Und kein Gewehr !!!!!!!

Unabhängig von der Religion und Nation ist jeder Mensch antastbar, sobald er bewusst das Leben eines Menschen nimmt oder von anderen hinrichten lässt. Welch grausames Erlebnis auch dem Täter oder seinem Volk widerfahren sein mag, ist die Grausamkeit, die dieser Täter dem Opfer kaltblütig zufügt, indem er das Leben des Menschen nimmt, nicht zu rechtfertigen. Dieses Blut des Opfers wird an den Händen des Mörders ihn das ganze Leben lang verfolgen und der Geruch des Todes am Körper haften bleiben.

Sagt mir bitte, wie können wir nur wegsehen und das Blut eines Menschen im Krieg vergießen. Jede Sekunde, die vergeht, kostet im Krieg ein weiteres Menschenleben!

Jeder Mensch auf dieser Erde hat dieselben Freiheitsrechte, um zu leben, egal welcher Religion oder welchem Volksstamm er angehört. Die Zahl der gestorbenen Zivilisten auf dieser Welt steigt jedoch im Krieg erschreckend weiter an.

Lasst uns nicht mehr schweigen, sondern den Opfern und dem Gewissen in uns die Stimme verleihen, um von der Welt erhört zu werden.

Levent Aktay

Amoklauf

Wahnsinn erzeugt Wahnsinn

Als am 6. November der US-Militärpsychiater Nidal Malik Hasan im US-Militärstützpunkt Fort Hood Amok lief und zwölf Menschen tötete sowie dreißig verletzte, da schwebte die Deutung in der Luft: sieh da, wieder einer dieser arabischen Terroristen!

Nun, der Neununddreißigjährige ist US-Amerikaner von Geburt, palästinensischer Abstammung. Wie selbst die Medien berichteten, auch Opfer langen Mobbings ob seiner Religion, sowie verzweifelt über seinen bevorstehenden Irak-Einsatz, man verwehrte ihm die Entlassung.

Der Wahnsinn des Krieges

Über einen erheblichen Zeitraum hat der Militär-Psychiater offenbar mit Kriegstraumatisierten gearbeitet. Er dürfte aber damit auch einen tiefen und erschreckenden Einblick in die Rechtfertigungsmechanismen mancher Kriegsheimkehrer für ihre Taten gewonnen haben und wird dort logischerweise auf den Rassismus als eine alte und „wohl eingespielte“ Rechtfertigungsmethode gestoßen sein. Der Zwiespalt zwischen ärztlichem Auftrag und menschlichen Abgründen mag sogar der Hauptgenerator der so folgenschweren „Dekompensation“ gewesen sein. Ein anderer Weg wäre wünschenswert gewesen.

Mir fällt aber ein weiterer Psychiater ein, der Soldaten und Kriegsopfer zu betreuen hatte: Frantz Fanon. französischer Psychiater karibischer Abstammung (Martinique), den der französische Kolonialkrieg in Algerien dazu brachte, die Fronten zu wechseln und der algerischen Befreiungsbewegung beizutreten, in der er bis zu seinem Leukämietod am 6. Dezember einen hohen Rang innehatte und ein wichtiger Autor und Theoretiker der antikolonialen Bewegung wurde.

Andreas Schlüter

Lupe09-12-2.indd 9 07.12.2009 16:22:34

Hartz IV Nachrichten

Keine Sorge um Jung!

Nun ist es also so weit gewesen: der ehemalige Kriegsminister musste als Minister für Arbeit und Soziales wegen der Informationsposse in seinem vorherigen Amt zurücktreten. Gekünstelt forsch trat er vor die Kameras und suchte seine Hände trotz Rücktritts moralisch in Unschuld zu waschen. Aus der Ministertraum!
Wer aber nun Angst hat, Jung könne der, in seinem eben für kurze Zeit übernommen Amt verwalteten Hartz-IV-Hölle zum Opfer fallen, den können wir beruhigen. Der Mann ist auch noch Rechtsanwalt, obwohl ich glaube, dass man beten muss, niemals von diesem Anti-Typ eines Redners vor Gericht vertreten zu werden. Und überdies: er ist natürlich weiter im Bundestag.
Schade nur, dass er nun dem ewigen Kampf der Staatsmacht gegen den vermeintlichen Missbrauch der gewaltigen Hartz IV-Leistungen nicht mehr zur Verfügung steht. Der Mann wäre wirklich für hartes Durchgreifen gut gewesen. Dieser kernige Typ, der im Juni 2006 vorgeschlagen hatte, freie Plätze bei der Fußballweltmeisterschaft mit Soldaten aufzufüllen, der fünf Tage später entgegen dem Bundesverfassungsgerichtsurteil erklärte, im Falle des Falles doch Zivilflugzeuge abschießen zu wollen, der im Juni 2007 beim G8-Gipfel Tornadokampfflugzeuge zur „Aufklärung" gegen Demonstranten einsetzte, er wäre vielleicht doch durch seine alten Kontakte auch in der Lage gewesen, Aufklärungs-Tornados gegen Hartz-IV-Missbrauch einzusetzen. Ja, da muss nun die Ursula mit Samtstimme und Samthandschuhen...?.
A.S.

AK ELViS
Rote Insel, Feurigstr. 68

Hilfe und Beratung zu ALG-2 und Sozialgeld
Jeden Di, 17-19 Uhr
Jeden Do., 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
Jeden 2. & 4. Do., 10-12 Uhr

JobCenter-Aktionen
in der Wolframstrasse 89-92
Jeden 1. & 3. Di., 10-11 Uhr
sowie jeden 1. & 3. Do.
16.30-18.00 Uhr

JobCenter Tempelhof-Schöneberg

Schikane und Willkür

Das hat es früher wirklich so nicht in Tempelhof-Schöneberg gegeben:

Wer seinen Ausweis nicht dabei hat, bekommt im JobCenter Tempelhof-Schöneberg keine schriftliche Bestätigung für die Abgabe von Anträgen und Dokumenten.

Die vor allem finanziellen Folgen können enorm sein, denn ein Antrag zählt erst ab dem Tag der Abgabe.

Wenn ein Hartz-IV-Empfänger umziehen darf und er erst am Tag vor dem Umzug (oder den Renovierungsarbeiten in der alten oder neuen Wohnung) von den Kosten und der Möglichkeit der Erstattung durch das JobCenter erfährt, kann er die ihm zustehende Leistungen ohne Personalausweis nicht beantragen.

Bis vor Kurzem war es so, dass nur bei Abgabe von Erstanträgen persönliches Erscheinen und der Personalausweis erforderlich war.

Die Leitung des JobCenters scheint jetzt mal wieder die Peitsche gegen die Kunden zu schwingen.

Ist dies eine weitere Art Eingliederungsleistung?

Dem Autor und anderen wurde eine Bestätigung von Unterlagen auf einem schon im JobCenter vorhandenem Formblatt mit dem Hinweis verwehrt, dazu bedürfe es der Vorlage des Personalausweises.

Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stellt in seinem „Ratgeber zu Hartz IV 2009 fest": *„Auch der vielfach geforderte Personalausweis enthält nicht zur Leistungsgewährung erforderliche Informationen. Da der Ausweis zur Identifizierung des Betroffenen dient, dürfen lediglich die hierzu erforderlichen Angaben wie Name, Geburtsdatum und Adresse gespeichert werden. Alle anderen Daten können geschwärzt werden"*

Mehr noch als diese Angaben erfüllt z.B. der BerlinPass: Name, Geburtsdatum und Adresse, dazu mit aktuellem Lichtbild und Stempel des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg und Aktualität durch Gültigkeitseintrag.

Die Mitarbeiter des JobCenters trauen offenbar der Arbeit der Kollegen in den Rathäusern nicht: Bei mehreren Kunden wurde der BerlinPass als Ersatz nicht akzeptiert.

Die Vielfalt der Ablehnungsmöglichkeiten mögen die folgenden Erlebnisse im JobCenter Tempelhof-Schöneberg innerhalb von zwei Stunden zeigen:

Eine „merkwürdig-komische Begebenheit" sei hier vorab erwähnt: Der Autor wollte seinen vollständig ausgefüllten Weiterbewilligungsantrag frühzeitig, also ca. 6 Wochen vor Ablauf des alten Bescheides und noch vor Zusendung des Antrags durch das JobCenter Tempelhof-Schöneberg in demselben persönlich abgeben. Einige Wochen vorher musste er zur Abgabe einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung den Personalausweis trotz kritischer Nachfrage vorlegen.

Diesmal war der Herr am Tresen nach einigen erstaunten Blicken freundlich und nett und quittierte die Abgabe des Antrags ohne Nachfrage auf einer Durchschrift. Sollte das etwa an meiner Begleitung in Form von zwei jungen durchtrainierten Männern mit roten Schutz-westen gelegen haben?

Eine junge Dame musste Unterlagen in ihrer Umzugssache einreichen und ließ sich von zwei Männern begleiten. Ein jüngerer Mitarbeiter sagte ihr deutlich, dass dies nur mit Vorlage des Personalausweises, den sie bedauerlicherweise nicht bei sich hatte, möglich sei. „Das sei so".

Dann fiel ihm eine Kopie der Vorderseite des Ausweises der jungen Dame in den Unterlagen auf und er notierte schnell die Angaben.

Diese Dame wollte dann kurze Zeit später für einen Bekannten, der mit Fieber im Bett lag, eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung abgeben. Mit einem Begleiter erfuhr sie dann, dass auch dies nicht möglich sei. Nach Längerem erhielt sie dann eine Unterschrift und einen Stempel des JobCenters auf einem beschrifteten leeren Briefumschlag.

Nach den Erfahrungen hat dann ein Kunde in Gegenwart der zwei oben genannten Bodyguards (Die Namen sind der Redaktion bekannt) eine Nachfrage zur Bearbeitung eines Widerspruchs vom Juli 2009 (also über vier Monate) in den Briefkasten gesteckt. Über die Bearbeitung dieses Schriftstücks wird an dieser Stelle später berichtet.

In der kurzen Zeit berichteten noch zwei Kundinnen, dass auch sie zur Vorlage ihres Personalausweises gezwungen wurden. Glücklicherweise hatten die Mitarbeiter keine Namensschilder und waren auch nicht bereit, ihren Namen zu nennen.

Da weiß man dann gleich, daß jede Art von Beschwerde im Sand verläuft.

So einfach ist das mit Schikane oder Willkür im JobCenter Tempelhof-Schöneberg.

Josef Moß

Lupe09-12-2.indd 10 07.12.2009 16:22:35

Wut und Zorn bei OTIS

Aufgebrachte OTIS-Beschäftigte trotz Sauwetter vor dem Werktor in Reinickendorf: Die Arbeitgebervertreter trauten sich nicht hin

Proteste bei Otis

Beim Aufzugs- und Fahrtreppenhersteller Otis in Berlin Borsigwalde gibt es seit Monaten Diskussionen über einen drastischen Personalabbau. Otis geht es trotz Krise nicht schlecht. Trotzdem will das Management in der Hauptverwaltung in Berlin jeden dritten Arbeitsplatz abbauen (ca. 80 Beschäftigte), im Werk Berlin 300 Arbeitsplätze (von ca. 400) und in der Montage in ganz Deutschland weitere 100.

Mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise will Otis seine fette Umsatzrendite von zurzeit 18 Prozent auf 24 Prozent steigern. Nach dem alle Diskussionen und Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu keiner Meinungsänderung beim Management führten, hatten die Beschäftigten am 04.11.09 die Nase voll.

Mit über 300 Dienstwagen kamen ca. 700 Monteure aus der ganzen Republik nach Berlin und demonstrierten in einem Autokorso vom Olympiastadion durch die ganze Stadt zur Hauptverwaltung nach Borsigwalde. Dort legten die Beschäftigten der Hauptverwaltung und des Werkes für 1½ Stunden die Arbeit nieder und machten vor dem Werkstor zusammen mit den Monteuren deutlich, dass sie diesem geplanten Personalabbau, der nur der Erhöhung der Rendite dienen soll, ihren erbitterten Widerstand entgegensetzen werden.

Auf der Kundgebung sprach auch der Vorsitzende des europäischen Betriebsrates aus Norwegen und übermittelte den Beschäftigten die Solidarität aus Norwegen. Auch über die Vorbereitung von Widerstand und Streiks bei Otis in Spanien und Frankreich wurde berichtet. Auch dort wollen sich die Arbeiter und Angestellten nicht kampflos vom Management auf die Straße setzen lassen. Die Solidaritätsgrüße aus den anderen Ländern stießen auf begeisterte Zustimmung bei den in Deutschland bei Otis Beschäftigten.

Die IG Metall, die diese Aktion in Berlin zusammen mit den betrieblichen GewerkschafterInnen organisiert hatte, kündigte weiteren Widerstand und weitere Aktionen an, wenn Otis nicht von seinen Plänen abrücke. Der Anlass der Protestveranstaltung war eine Aufsichtsratssitzung, die am 04,11,09 in Borsigwalde stattfinden sollte. Aber als die Vertreter des Kapitals am Morgen von den geplanten Protesten erfuhren, verlegten sie die Sitzung kurzerhand in ein Hotel, ohne die Arbeitsnehmervertreter rechtzeitig zu informieren. Diese tagten dann ohne Kapitalvertreter und beschlossen, die Pläne des Managements abzulehnen. *G.T.*

Hartz-IV-Nachrichten

Vorfall-Liste Hartz IV

■ 7.11.09: Ein Kunde vom Sozialamt Tempelhof erhält folgenden Brief: *„Durch einen in keinster Weise erklärlichen Fehler in der Datenbank, wurden bzw. werden auf das Konto des Herrn ... bei der Bank ... Kto. Nr. ... (Daten sind der Redaktion bekannt) 718,00€ überwiesen bzw. gutgeschrieben, obwohl auf diesen Betrag weder rechtlich noch inhaltlich ein Anspruch besteht."*

■ 17.11.09: In mindestens sechs Fällen weigern sich Mitarbeiter des JobCenter Tempelhof-Schöneberg, Unterlagen oder Anträge ohne Vorlage eines Personalausweises auf einem vorhandenen Formblatt zu quittieren.

In ihrer Not gibt es Unterschrift und Stempel auf einem leeren Briefumschlag, auf einer Abschrift eines Antrages oder es genügt der Blick auf die erste Seite eines kopierten Personalausweises. Nennen möchten die Mitarbeiter für eine Überprüfung ihrer Verweigerung ihren Namen nicht, sagen aber, dass ihr Vorgehen Dienstvorschrift sei.

■ Herr M. erhält am 18.11.09 Post vom JobCenter Tempelhof- Schöneberg. Im Absenderfeld ist das Absendedatum vermerkt: 4.11.09.

Lupe09-12-2.indd 11 07.12.2009 16:22:35

Rote Insel

DIE LINKE. vor Ort

Bezirksgeschäftsstelle

10827 Berlin, Feurigstr. 68

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11-18 Uhr
Fr: 11-15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
EMail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Soweit nicht anders angegeben in der Roten Insel, Feurigstr. 68

BO Arbeit & Soziales

Jeden letzten Montag im Monat (i.M.), 19 Uhr

BO Olivenbaum

Jeden 1. Montag i.M., 19 Uhr, Cafe Resonanz, Ebersstr. 66 (am Ausgang S Schöneberg)

BO Schöneberg

Jeden 2. Montag i.M., 19 Uhr

Treffen BO Tempelhof

Bitte telefonisch erfragen

Bezirksvorstand

Jeden 1. & 3. Di. I.M., 19 Uhr

Offene Lupe-Redaktion

Bitte telefonisch erfragen

AK Flüchtlings- und Migrationspolitik

Bitte telefonisch erfragen

Inselgespräche

Jeden 1. Samstag i.M., 15 Uhr

IG Nahverkehr

Jeden 2. Mittwoch i.M., 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg
Bankverbindung: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg, Konto: 43 84 81 68 06, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00
Erscheinungsweise: 10mal jährlich
Auflage: 2000 Exemplare
Chefredakteur (V.i.S.d.P.): Carsten Schulz
Layout: BMB
Druck: Bunter Hund
Redaktionsschluss: 06.12.2009

Der neue Koalitionsvertrag

Eine neoliberale Mogelpackung

Kaum im Amt, gibt die Bundesregierung die Botschaft heraus: „Wir sind keine soziale Gefahr“

Und der Koalitionsvertrag verspricht „Wohlstand für alle“ und „Sozialer Fortschritt durch Zusammenhalt und Solidarität“. Da wird man an Kohl erinnert: „Keinem wird es schlechter gehen...“.

Nun „jammern“ konservative Medien wie die FAZ, dass die „Neoliberalismuskritik“ ganze Arbeit geleistet habe. In der Presse wird von der „sozialdemokratischen Kanzlerin“ Merkel gesprochen...

Doch wie sozial ist die Bundesregierung wirklich?

Die Medien zeichnen ein soziales Bild: Die Regierung starte mit Nachbesserungen bei Hartz IV, mit Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrages und einem Betreuungsgeld, mit „Steuerentlastungen“ bei den unteren und mittleren Einkommen. Steuerentlastungen von 24 Milliarden Euro werden in Aussicht gestellt. Was in der Diskussion unter den Tisch fällt: „Alle Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt“ (Koalitionsvertrag).

Die Konjunkturaussichten stehen krisenbedingt schlecht und zu erwartende sinkende Steuereinnahmen werden soziale Folgekosten nach sich ziehen.

Fehlende Staatsfinanzen werden nicht etwa durch eine gerechte Besteuerung der Vermögenden ausgeglichen. Nein, diese Bundesregierung nimmt zunächst neue Schulden auf.

Die noch von CDU/SPD ins Grundgesetz aufgenommene zukünftig in Kraft tretende „Schuldenbremse“ lässt für die Haushalte Schlimmes ahnen. Die „Hoffnung“, dass Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln könnten, haben die damaligen Steuersenkungen unter dem Wirtschaftsminister Eichel eindrucksvoll widerlegt. Damalige Steuererleichterungen haben keine Wiederbelebung der Konjunktur bewirkt. Da musste erst die spekulationsgetriebene Konsumwelle der USA mit ihrem Auto- und Investitionsgütermarkt kommen, die bis zu ihrem „Zerplatzen“ die hiesigen Auftragsbücher füllte. Hinter dem medialen Wehgeschrei über die „sozialdemokratische Kanzlerin“ werden im Einklang mit ihr neoliberale Strukturprojekte durchgedrückt: Der sogenannte „Stufentarif bei der Einkommenssteuer“ und die „Kopfprämie in der Krankenversicherung“. Mit der neuen Einkommenssteuer wird sich endgültig mit der Einführung der „Flat Tax“ vom Gedanken verabschiedet, dass hohe Einkommen in stärkerem Maße zur Finanzierung der öffentlichen Kassen beizutragen haben.

In die gleiche Richtung zielt die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitswesen. Josef Ackermann und die Putzfrau: Alle zahlen das Gleiche. Gleichzeitig wird der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens vorangetrieben, der Arbeitgeberanteil soll bei 7% eingefroren werden. Und es liegen bereits Pläne für die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung vor...

Jetzt sind wir gefordert: Dagegen hilft nur ein Bündnis aus starken Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen, insbesondere der Erwerbslosenbewegung. Wir haben durch eine gegenüber diesen Akteuren kluge Bündnispolitik unseren Beitrag zu leisten...

Carsten Schulz

Allen unseren Lesern sowie den Geplagten und Entrechteten dieser Gesellschaft und der Welt friedliche Weihnachten und ein aufmüpfiges neues Jahrzehnt!

Lupe09-12-2.indd 12 07.12.2009 16:22:36